

Dresdner Volkszeitung

Hauptschredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altsdorf

Bezugspreis einschließlich Fringelohn monatlich 200.— M., durch die Post bezogen monatlich 200.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 200.— M., Einzelnummer 12.— M., Sonnabendnummer 16.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6 gelbpatente Nonpareillezeile 35.— M., die 8 gelbpatente Reklamzeile 120.— M., auswärts 40.— u. 130.—, Ausland 200 und 400 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 10 M.

Nr. 263

Dresden, Sonnabend den 11. November 1922

33. Jahrg.

Große Koalition auf Umwegen?

Das Kabinett des Wiederaufbaues — Cuno als Außenminister — Enttäuschung der Reparationskommission

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Reichskanzler Brüning die Koalitionsparteien zusammengerufen und ihnen mitgeteilt, daß er mit der Regierungsbildung beauftragt sei. Er will zwar nicht, so heißt es, die Deutsche Volkspartei in die Regierung einbeziehen, sondern ein sogenanntes Kabinett des wirtschaftlichen Wiederaufbaus bilden, dem führende Männer der Wirtschaft angehören sollen. Dabei sollen nicht nur die freien Kräfte des auswärtigen Amtes, des Wiederaufbauministeriums und ein Ministerium ohne Portfeuille in Frage kommen, sondern auch ein Neubezug der Wirtschaft- und Verkehrsministerien. Es soll sich dabei in erster Linie um das Reichspostministerium und das Reichswirtschaftsministerium handeln. Als Kandidat für das auswärtige Amt wird der Geheimrat Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, genannt, der schon oft als Anwärter für das Ministerium des Auswärtigen bezeichnet worden ist. Wenn die in der Presse verbreiteten Nachrichten stimmen, so bedeutet das, daß man die schon so lange von vielen Seiten gewünschte große Koalition, wenn auch unter einem andern Namen, herbeiführen will. Ob schließlich die Deutsche Volkspartei an der Regierung beteiligt wird oder ob ausgesprochene Vertreter des Großkapitals direkt in die Regierung hineingekommen werden, ist schließlich Jades wie Josefs.

Seit langem schon wird uns das Lied vorgezungen, daß die führenden Schichten der deutschen Wirtschaft an der Regierung teilnehmen müßten, wenn wir zu einem wirtschaftlichen Wiederaufbau kommen wollen. So oft wir auch diese Forderung vernommen haben, uns fehlt der Glaube. Alles, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, zeigt, daß die Maßnahmen, die zur Gründung unserer Volkswirtschaft notwendig sind, nicht mit Hilfe des Großkapitals durchgeführt werden können, sondern, daß wir im Gegenteil den Widerstand kapitalistischer Kreise zu brechen haben werden. Alle die Maßnahmen, die von der Sozialdemokratie vorgeschlagen worden sind, um Ordnung in unsere Wirtschaft zu bringen, sind vom Großkapital bekämpft worden. Man wollte nichts wissen von einer Erfassung der Sachwerte, nichts von einer schärferen Bekämpfung der Luxuseinfuhr, und wenn auch Herr Brüning heute dementiert, daß er ein Gegner der Währungsstabilisierung sei, so zeigt doch das ganze Verhalten unserer Großkapitalisten, daß sie in Wahrheit nichts tun wollen, um wirklich eine Besserung der Währung herbeizuführen. Das ist von ihrem Standpunkt aus auch begreiflich. So hart und drückend der Wirtswarr in unserer Wirtschaft für die Massen des Volkes auch ist, unsere Unternehmungen schütten Gewinne aus, die vielfach mehrere Hundert Prozent betragen. Um Ordnung in unserer Wirtschaft zu bringen, ist nicht nur eine Hängelung der kapitalistischen und die Selbständigkeit des Großkapitals müssen in weitem Umfange beschnitten werden. Davon wollen unsere Kapitalmagnaten nichts wissen. Alles, was sie fordern, kommt auf eine Mehrbelastung der Massen hinaus. Immerfort bekommen wir wieder zu hören, daß der Achtstundentag beseitigt werden müsse, aber wären die Leute vom Großkapital auch bereit, staatlichen Maßnahmen zuzustimmen, die eine bessere Bekämpfung unserer ganzen Produktion, eine Beschränkung der heute herrschenden Verschwendung von Gütern und Arbeitskräften durch die freie Wirtschaft herbeiführen könnten?

Gerade jetzt wird von kapitalistischer Seite mit großem Geschrei gefordert, daß alle Beschränkungen der freien Wirtschaft fallen. Man muß nur die Forderungen der Demokratischen Partei lesen, die nicht nur den Abbau der Zwangswirtschaft für Getreide, Wolle, Holz, sondern auch fordert, daß auf dem Wege der Notverordnung die Wohnungsbewirtschaftung beseitigt wird und jeder Eingriff in die Privatwirtschaft aufhört. Wahrscheinlich die Herren Demokraten scheinen zeigen zu wollen, daß sie in wirtschaftlichen Fragen sich in nichts von der Deutschen Volkspartei unterscheiden.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die Sozialdemokratie eine solche Regierungsombildung, wie man sie jetzt zu planen scheint, nicht mitmachen kann. Es klingt wie eine Verhöhnung der Sozialdemokratie, wenn ihr zugemutet wird, sie solle das wichtige Wirtschaftsministerium in kapitalistische Hände geben. Wir haben von der bürgerlichen Wirtschaft im Reichsernährungsministerium noch genug. Unser Fraktion wird der Forderung nach Schaffung eines sogenannten Kabinetts des Wiederaufbaus das Verlangen entgegenstellen müssen, daß der sozialdemokratische Einfluß in der Regierung gestärkt wird. Da unsere Fraktion in Folge des Zusammenrückens der beiden Parteien so viel stärker geworden ist, haben wir ein Recht darauf. Mit Maßnahmen zur Gründung unserer Wirtschaft muß freilich ernst gemacht werden, aber das darf und kann nicht auf Kosten der Arbeiter, sondern das muß vor allem auf Kosten des Großkapitals geschehen. Beteiligung des Reiches an der Industrie, Beschrän-

zung der Luxuseinfuhr, schärfste Maßnahmen zur Einholung des Umlagegetreides, Verhütung der Verdrängung von Rohstoffen zur Herstellung von entbehrlichen Dingen, künftige Erhebung der Steuern von den Kapitalklassen, soweit das irgendwie möglich ist — das sind die Forderungen, die unsere Partei dem Kabinett des Wiederaufbaus entgegenstellen muß. Unter keinen Umständen darf die Sozialdemokratie bereit sein, sich zum Statisten in einem großkapitalistischen Kabinett herzugeben.

Wir können nur noch einmal wiederholen, was wir in den letzten Wochen so oft gesagt haben: Sind die bürgerlichen Parteien nicht bereit, den Wünschen der Sozialdemokratie wenigstens einigermaßen Rechnung zu tragen, so sollen sie allein stehen, wie sie mit der Regierung fertig werden. Entweder gibt man uns den notwendigen Einfluß auf die Reichsregierung, oder unsere Parteigenossen haben in der Reichsregierung nichts mehr zu suchen. Nach einem Austritt aus der Regierung könnte die Sozialdemokratie nicht etwa daran denken, dem reinbürgerlichen Kabinett, das dann kommen würde, wohlwollende Duldung entgegenzubringen, wie eine Bekämpfung dem Kabinett Brüning-Simons, sondern wir würden dann den Kampf gegen diese bürgerliche Regierung mit den härtesten und zur Verfügung stehenden Mitteln aufnehmen haben. Wenn die bürgerlichen Parteien wollen, so sind wir zum Kampf bereit, wir sind sicher, daß wir dabei nicht schlicht fahren werden.

Die demokratischen Volksfronde

Die demokratische Reichsfraktion trat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der politischen Lage nach Abschluß der Reparationsverhandlungen zu beschäftigen und über ein Wirtschaftsprogramm schlußfähig zu werden. In dieser Sitzung kam zum Ausdruck, daß die Demokratische Partei in Zukunft dadurch gewissermaßen als Vertreterin des Vaterlandes bezeichnet werden will, daß sie den ersten Schritt zur Bewirkung der großen Koalition gab. Nach schweren Angriffen auf die Taktik der Sozialdemokratie, die man glaubt notwendig für einen Sieg zu sein, wurde beschlossen, dem Reichskanzler ein Wirtschaftsprogramm zu überreichen und ihm gegenüber gleichzeitig das ernste Verlangen nach Herbeiführung der großen Koalition bis Dienstag zum Ausdruck zu bringen. In dem Wirtschaftsprogramm wird zunächst eine aktive Handelsbilanz gefordert, da nur dadurch eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse möglich erscheint. Es müsse ein Versuch gemacht werden zur Herbeiführung besserer Verhältnisse durch die Schaffung eines Provisoriums, und zwar: Wehrfähiges Postamt für Vorkaufungen und Schließungen, Stabilisierung der Mark durch eine Stützaktion mit Hilfe ausreichender ausländischer Kredite und unter Mitwirkung der Reichsbank. Weiter werden internationale Kredite zur Stärkung des Produktionskapitals für notwendig erachtet.

Für eine Arbeiterregierung

Der Landesarbeitsausschuß, die Landtagsfraktion, die Bezirksverbände und die Vertreter der Parteipresse der sächsischen Sozialdemokratie haben in ihrer Sitzung am 10. November im Landtagsgebäude in Dresden beschlossen, die Kommunisten durch ein offizielles Schreiben aufzufordern, unter Anerkennung der Reichs- und der Landesverfassung in die Regierung einzutreten.

Der Beschluß der sächsischen Landesinstanzen der Vereinigten Sozialdemokratie wird von der sächsischen Arbeiterfraktion rückhaltlos begrüßt werden. Nach dem Anstich der Landtagswahlen war auch eine andre Entscheidung gar nicht zu erwarten. Wir haben schon vor einigen Tagen hervor, daß sich durch die Wahl eine beachtenswerte Mehrheit des Volkes für die Überwindung des kapitalistischen Systems, für die Weiterentwicklung zu gemeinschaftlichen, zu sozialistischen Wirtschaftsformen erklärt hat. Diesem Mehrheitswillen, der sich deckt mit den Bestrebungen und Zielen der Vereinigten Sozialdemokratie, gilt es Geltung zu verschaffen. Das kann am besten und am wirkungsvollsten durch die gemeinsame Arbeit mit der Partei geschehen, die ebenfalls sozialistische Ziele verfolgt, wenn auch die Wege, die sie dabei beschreiten möchte, anders lauten als der Weg, den wir als den einzig richtigen erkannt haben und auf dem wir dem Ziele zustreben: der Weg der Demokratie.

Der geistige Beschluß gibt den Kommunisten Gelegenheit zu zeigen, ob es ihnen ernst ist mit der Bildung einer Arbeiterregierung, für die sie angeblich in den sächsischen Landtagswahlkampf gezogen sind. Wir sind bereit, mit ihnen die Arbeiterregierung zu bilden. Eine solche sozialdemokratisch-kommunistische Arbeiterregierung würde sich nicht nur auf eine starke Mehrheit im sächsischen Volke, sondern auch auf eine dank des Wahlkampfes merklich verstärkte sozialistische Mehrheit im Landtage stützen können. Sie würde mithin weit gewichtiger und gefestigter da, als die bisherige rein sozialdemokratische Arbeiterregierung Sachsens, die nur die sozialdemo-

kratische Fraktionen als sichere Macht hinter sich hatte und die sich, auch wenn die Kommunisten vernünftig und staatsmännisch handelten, was besonders nicht immer der Fall war, immerhin nur auf Mehrheit von zwei Mandaten zu stützen vermochte. Heute stehen 51 Mandate der sozialistischen Linken 45 bürgerlichen Landtagsmandaten gegenüber. Einer aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzten sozialistischen Arbeiterregierung steht mithin eine Mehrheit von 6 Stimmen zur Verfügung, so daß sie viel mehr als die frühere gegen Zwischenfälle gesichert und zu fortgesetzter Arbeit im Dienste der werktätigen Massen in der Lage ist. Noch einmal sei es daher gesagt: an den Kommunisten wird es liegen, ob sie diese Arbeiterregierung ermöglichen wollen oder nicht.

Unsere Parteinstanzen haben nur eine Bedingung gestellt, von der wir als Sozialdemokraten allerdings unter keinen Umständen abgehen können: Die Reichs- und die Landesverfassung muß von den Kommunisten anerkannt werden, wenn sie mit uns gemeinsam die Regierung bilden wollen. Das bedeutet, daß sie darauf verzichten müssen, sich von Freisen, die außerhalb der sächsischen Politik leben, Reichungen für ihr Wirken und ihr Zusammenarbeiten mit uns geben zu lassen, die der Verfassung widersprechen. In Sachsen soll das Staatsrecht von der sozialistischen Regierung geleitet werden, nicht von den kommunistischen Gewalttätigern in Berlin oder Moskau, die die sächsischen Verhältnisse und Staatsnotwendigkeiten nicht kennen und deren Willkür aus dielem und vielen andern Gründen dem Volk regiert sich durch seine aus den Wahlen hervorgegangenen Vertreter und die von ihnen eingehenden Minister selbst. Es lehnt die Bevormundung und Beeinflussung des Handelns nach seinem eigenem Wunsch ab. Wenn die Kommunisten diese Forderung beachten, wenn sie die einzige von uns gestellte Bedingung, daß die Verfassung die Grundlage des gemeinsamen Handelns sein

Dieses Programm der Demokraten ist auch ohne die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei von derselben Einseitigkeit wie das Programm von Brüning. Es enthält zwar Forderungen an die Arbeiter wegen Verlängerung der Arbeitszeit und anderweitiger Regelung der Entlohnung. Es enthält aber kein Wort über die Maßnahmen der Unternehmer zur Verbesserung ihrer Betriebe, zur Steigerung der Intensität der Produktion, deren wesentlichstes Erfordernis die erhöhte Verwendung von produktivem Kapital und Herabminderung der ungeheuerlich gestiegenen Gewinne ist. Noch krasser aber enthält sich der kapitalistische Charakter dieses Programms durch die uneingeschränkte Forderung nach der freien Wirtschaft auf allen Gebieten. Getreide, Kohle, Wolle, Baustoffe usw., sollen den Weltmarktpreisen völlig angepaßt werden können.

Die auffällige Tatsache, daß dieses Programm zur Überbrückung der andern bürgerlichen Parteien, die der Arbeitsgemeinschaft der Mitte angehören, völlig selbständig aufgestellt worden ist, wird durch den Inhalt des Programms erklärlich. Die Demokraten wollen der Deutschen Volkspartei bei dem Wettlauf um die Gunst der Kapitalisten den Wind aus den Segeln nehmen. Man muß ihnen zugestehen, daß sie in diesem Fall erfolgreich waren.